

Zu einem Prinzip
der Wohlstandssicherung

Nachhaltige Entwicklung: Mehr als ein Schlagwort

David McAllister

Nachhaltigkeit ist ein Schlüsselbegriff unserer Zeit. Besonders seit die Vereinten Nationen ihn 1992 in Rio de Janeiro zur Grundlage ihrer Agenda 21 gemacht haben, ist er zum festen Bestandteil des politischen Sprachgebrauchs geworden. Doch was steckt hinter dem schillernden Wort „Nachhaltigkeit“?

Für die niedersächsische Landesregierung bedeutet Nachhaltigkeit nicht nur, die natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren. Eine nachhaltige Politik lässt sich vielmehr als Dreiklang verstehen. Neben dem Umweltschutz muss sie auch für eine leistungsfähige Wirtschaft sorgen und sozial verantwortlich sein, um einen dauerhaften gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gewährleisten.

Vielleicht ist es kein Zufall, dass die Rede vom nachhaltigen Umgang mit Ressourcen in historischen Quellen zum ersten Mal in den Akten zur Forstwirtschaft im welfischen Harz auftaucht: Bereits eine Forstordnung aus der Zeit um 1654 verwies darauf, dass man beim Bau von Sägemühlen stets darauf achten müsse, das nötige Holz vor Ort nachhalten zu können. Damit war gemeint, man dürfe dem Naturkreislauf immer nur so viel entnehmen, wie im gleichen Zeitraum nachwachsen kann. Die Substanz sollte nicht angegriffen werden. Genau diesen Gedanken meinen die Vereinten Nationen mit „nachhaltiger Entwicklung“ als Grundprinzip globalen Wirtschaftens. Dieser Grundsatz mag selbstverständlich klingen, dennoch wurde und wird er immer wieder vernachlässigt.

In Niedersachsen verfolgen wir schon seit Langem eine umfassende Nachhaltigkeitsstrategie. 2006 haben wir erstmals einen Nachhaltigkeitsbericht vorgelegt. 2007 konkretisierte die Nachhaltigkeitsstrategie „Umweltgerechter Wohlstand für Generationen“ die Leitziele und Maßnahmen in diesem Bereich. Die Landesregierung erarbeitet zurzeit den ersten Fortschrittsbericht zur Nachhaltigkeitsstrategie für Niedersachsen.

Darüber hinaus hat die Landesregierung im Dezember 2008 eine „Niedersachsen-Allianz für Nachhaltigkeit“ begründet. Es handelt sich dabei um eine Kooperation zwischen Politik, Verwaltung, Unternehmen, Verbänden und Gewerkschaften, die aktiv eine nachhaltige Entwicklung unseres Wirtschafts- und Lebensraums gestalten. Unternehmen dieser Allianz stehen beispielsweise für nachhaltige Innovation von Umwelttechnologien oder eine nachgewiesenen ressourcenschonende Produktion. Diese Allianz ist ein wesentlicher Baustein niedersächsischer Nachhaltigkeitspolitik, denn nur durch gemeinsames Handeln aller gesellschaftlichen Gruppen kann eine dauerhaft zukunftsgerichtete Entwicklung unserer Gesellschaft gelingen.

Um unseren Wohlstand auch für künftige Generationen zu sichern, müssen wir uns zwei drängenden Herausforderungen stellen: zum einen der Energiewende, zum anderen der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen auf allen staatlichen Ebenen. Beide Probleme lassen sich nur unter Berücksichtigung des Nachhaltigkeitsprinzips befriedigend lösen.

Um unsere hoch industrialisierte Volkswirtschaft in Deutschland langfristig wettbewerbsfähig zu halten, ist eine sichere und bezahlbare Energieversorgung unverzichtbar. Wir müssen die Innovationskraft unseres Landes stärken und sie nachhaltig nutzen, um mittel- und langfristig von endlichen Ressourcen unabhängig zu werden. Deutschland hat sich in einem breiten gesellschaftlichen Konsens entschieden, bis 2022 aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie auszusteigen. Für Niedersachsen heißt das: Nachdem das Kernkraftwerk Unterweser bereits vom Netz gegangen ist, werden auch die Kernkraftwerke Grohnde und Emsland 2021 und 2022 abgeschaltet. Deren Kapazitäten müssen bis dahin ersetzt werden. Die Landesregierung hat das Ziel, im Jahr 2020 ein Viertel des Endenergieverbrauchs in Niedersachsen aus erneuerbaren Energien zu decken.

Herausforderung Energiewende

Deswegen haben wir am 31. Januar 2012 ein eigenes „Niedersächsisches Energiekonzept“ beschlossen. Der Entwurf wurde von uns im Rahmen der „Energiegespräche“ erörtert. Dabei waren die in der Regierungskommission Klimaschutz vertretenen gesellschaftlichen Gruppen und Verbände unsere Gesprächspartner. Mit dem Energiekonzept plant Niedersachsen seinen Beitrag für das Gelingen der Energiewende. Es zeigt, wie die zukünftige Energieversorgung aussehen soll und wie dieses Ziel zu erreichen ist. Behandelt werden die erneuerbaren Energien, Kraft-Wärme-Kopplung, Netzausbau und Energieeffizienz. Die Landesregierung bezieht regelmäßig Experten in die Evaluation des Energiekonzepts ein, um das vorgezeichnete Gesamtziel sicher zu erreichen. Für uns ist entscheidend, eine sichere, umweltfreundliche, wettbewerbsfähige und preisgünstige Energieversorgung zu gewährleisten.

Die Energiewende ist für Niedersachsen nicht nur eine ökologische Notwendigkeit, sondern bei allen Herausforderungen auch eine ökonomische Jahrhundertchance. Bei uns wird schon jetzt mehr Strom aus Windkraft erzeugt als in irgendeinem anderen Bundesland. Deshalb wollen wir die Akzeptanz der Windenergie bei den Menschen weiter verankern. Die Landesregierung begrüßt daher aktive Formen der Bürgerbeteiligung bei der Nutzung erneuerbarer Energien. Ein Beispiel dafür ist das Modell des Bürgerwindparks.

Der absehbare Boom der Offshore-Windenergie auf der Nordsee spielt für Niedersachsen als Küstenland eine herausragende Rolle. Es bedarf einer langfristigen und strategischen Planung für diese Jahrhundertchance und -herausforderung. Deshalb hat die Landesregierung mit konkreten Vorschlägen den Bund dafür gewonnen, die Grundlagen für die Weiterentwicklung der Offshore-Windenergie zu schaffen. Dazu gehören die schnelle Umsetzung des Fünf-Milliarden-Kreditprogramms „Offshore-Windenergie“ und eine unbefristete Verpflichtung der Übertragungsnetzbetreiber zur Herstellung der Netzanschlüsse für Offshore-Windparks. Sinnvoll ist der Beschluss der Bundesregierung, einen Offshore-Netzentwicklungsplan zu erarbeiten und die Haftung für Offshore-Anschlüsse zu regeln. Damit sind die Weichen für den zügigen Ausbau der Offshore-Windenergie gestellt.

Bei der Windenergie an Land setzt die Landesregierung vor allem auf das sogenannte *Repowering*. Dabei werden alte Windenergieanlagen durch neue, leistungsfähigere ersetzt. Auf diese Weise können weitere Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes vermieden werden.

Die notwendige und gerade für Niedersachsen chancenreiche Umstellung auf eine Energieversorgung aus erneuerbaren Quellen darf aber weder auf dem Rücken

der energieintensiven Industrien noch einseitig zulasten der privaten Haushalte erfolgen. Sie könnten durch steigende Steuern und Abgaben an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gelangen. Gefordert ist ein tragfähiger Ausgleich aller Interessen.

Die Energiewende bringt enorme Herausforderungen mit sich. Sie ist ein gesamtgesellschaftliches Projekt, von dessen Gelingen es nicht unwesentlich abhängt, ob wir zukünftige ökologische Erfordernisse mit den Segnungen der Sozialen Marktwirtschaft in Übereinstimmung bringen können. Die Energiewende stellt uns vor die größte wirtschafts- und gesellschaftspolitische Herausforderung seit der Wiedervereinigung.

Konsolidierung der öffentlichen Haushalte

Die zweite große Herausforderung ist die zwingend notwendige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Das Nachhaltigkeitsprinzip gilt für die öffentlichen Finanzen in gleicher Weise wie für die natürlichen Ressourcen.

Gerade die unionsgeführten Regierungen in Bund und Ländern haben es sich zur Aufgabe gemacht, die weitere Kreditaufnahme auf Kosten unserer Kinder und Enkel zurückzufahren. Die Bundesregierung hat 2009 durch die Einführung der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse einen wichtigen Schritt getan, um das Problem der Staatsverschuldung in den Griff zu bekommen. Ab 1. Januar 2020 schiebt unsere Verfassung weiterer Verschuldung einen festen und belastbaren Riegel vor, der Politik und Bürger davor schützt, sich wechselseitig mit Ansprüchen und Versprechungen zu überfordern.

Eine nachhaltige Finanzpolitik, welche die Generationengerechtigkeit im Blick hat und die langfristige Handlungsfähigkeit des Landes sicherstellt, ist auch ein wesentlicher Baustein der niedersächsi-

schen Nachhaltigkeitsstrategie. Ziel der Landesregierung ist es, ab 2017 keine neuen Kredite mehr aufzunehmen. Die konjunkturbedingten Einnahmesteigerungen verwenden wir wesentlich zur Haushaltskonsolidierung. Leider verweigert sich die Opposition im Niedersächsischen Landtag aus wahltaktischen Gründen einer belastbaren Schuldenbremse auch in der Landesverfassung.

Dass wir mit unserer umfassenden Nachhaltigkeitsstrategie auf dem richtigen Weg sind, zeigt das aktuelle Bundesländerranking der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Die Frage „Wer wirtschaftet am besten?“ wurde hier zugunsten Niedersachsens beantwortet: Niedersachsen entwickelt sich von allen westdeutschen Ländern am dynamischsten. Beispielsweise stieg unsere Jahreswirtschaftsleistung zwischen 2008 und 2011 um über vier Prozent. Im Bundesmittel waren es nur 1,3 Prozent. Damit liegt Niedersachsen auf Rang zwei im Vergleich der Bundesländer. Auch in der Produktivität konnte Niedersachsen punkten und sich im selben Zeitraum um 1,2 Prozent verbessern.

Wohlstand ist kein Selbstläufer. Er bleibt eine fragile Errungenschaft, die schnell verspielt werden kann. Um ihn zu sichern, müssen wir nachhaltige Politik machen. Sie kann sich aber nicht auf Ökonomie und Ökologie beschränken. Ebenso wichtig ist der soziale Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Die Soziale Marktwirtschaft verbindet ein freiheitliches und dynamisches Wirtschaftsleben mit einem leistungsfähigen und starken Sozialstaat. Damit ist sie in ihrer deutschen Ausprägung ein Paradebeispiel für nachhaltige Wohlstandssicherung. Das zeigt sich besonders deutlich seit dem Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008, die Deutschland besser und schneller überstanden hat als die meisten anderen Volkswirtschaften.